

## **Informationsblatt**

### **Förderung von Schüler/innen mit Migrationshintergrund Interkulturelles Lernen**

#### **Einschreibung**

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind ab dem Tag ihrer Ankunft in Italien schul- und bildungspflichtig und haben das Recht auf Einschreibung in eine Schule. Dies gilt unabhängig von ihrem rechtlichen Status und auch unabhängig von ihren sprachlichen Vorkenntnissen bzw. dem Vorwissen in den verschiedenen Fächern. (D.Lgs. 286/1998 art.38/1; D.P.R. 394/1999 art.45/1). Für die Schüler/innen gilt das Recht der freien Wahl von Schule und Schulort.

Das Lehrerkollegium legt im Schulprogramm die Vorgehensweise bei der Aufnahme, die Kriterien für die Klassenzuweisung und die Maßnahmen zur weiteren Begleitung der Schüler/innen fest. Eine Konzentration von Schüler/innen mit Migrationshintergrund innerhalb einer bestimmten Klasse ist zu vermeiden.

Die Einstufung der Schüler/innen erfolgt bei EU-Bürgern gemäß der Schullaufbahn, bei Nicht-EU-Bürgern gemäß dem Alter (C.M. 205/1990 IV; D.P.R. 394/1999 art.45/2). Der Schüler/Die Schülerin kann jedoch auch in eine um ein Jahr tiefere oder höhere Jahrgangsstufe aufgenommen werden (C.M. 205/1990 IV). Dies sollte im Einvernehmen mit der Familie geschehen. Dabei müssen berücksichtigt werden:

- die festgestellten Kompetenzen und Fähigkeiten sowie das Bildungsniveau des/der Schülers/Schülerin,
- die im Herkunftsland absolvierte Schullaufbahn bzw. das Schulsystem des Herkunftslandes und eventuell erworbene Abschlüsse/Studientitel.

Die Sprachkenntnisse des Schülers/der Schülerin bei der Einschreibung sind kein Grund für eine Rückstufung. (C.M. 205/1990 IV).

In Italien gilt das integrative Modell; das bedeutet, dass die Schüler/innen mit Migrationshintergrund sofort nach der Ankunft Teil eines Klassenverbandes sind (D.P.R. 394/1999 art. 45/1); es sind keine Vorschulen zum Erlernen der Landessprachen vorgesehen.

#### **Differenzierung und Bewertung**

Schüler/innen mit Migrationshintergrund haben das Recht auf ein differenziertes Lernprogramm. Das Lehrerkollegium legt die notwendige Anpassung der Unterrichtsprogramme fest (D.P.R. 394/1999 art. 45/4).

Dies bedeutet, dass die Ausgangslage der Schüler/innen in allen Fächern erhoben wird, dass Lernziele in den verschiedenen Fächern und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung vom Klassenrat beschlossen werden und regelmäßig eine Überprüfung dieser Zielsetzungen erfolgt. (C.M. 24/2006 II 8) Diese Planung wird im Personenbezogenen Lernplan (PLP) der Schüler/innen festgehalten.

Im Zeugnis darf nicht vermerkt werden, dass nach einem Personenbezogenen Lernplan gearbeitet wurde. Die Leistungen der Schüler/innen im zusätzlichen Sprachunterricht sollen in die Deutsch- bzw. Italienischnote einfließen.

Da die Fortschritte der Schüler/innen individuell sehr unterschiedlich sind, ist der PLP je nach Bedarf auch über mehrere Jahre vorgesehen.

Es ist rechtlich nicht möglich, Schüler/innen mit Migrationshintergrund nicht zu bewerten. Eine Ausnahme kann in einzelnen Fächern im ersten Semester gemacht werden, wenn der Klassenrat dies beschließt und die Nichtbewertung schriftlich begründet. Im zweiten Semester muss in allen Fächern bewertet werden.

Bei der Staatlichen Abschlussprüfung der Mittelschule haben die Schüler/innen mit Migrationshintergrund kein Recht auf eine differenzierte Aufgabenstellung, ihre besondere Situation soll in der Bewertung aber berücksichtigt werden. (C.M. 28/2007)

### **Soziale Integration und interkulturelles Lernen**

Wie im D.Lsg. 286/1998 art. 38/4 und im Beschluss der Landesregierung 1482/07.05.2007 vorgesehen, werden die Initiativen für soziale Integration und für interkulturelles Lernen von den Sprachzentren unterstützt.

Durch die Eingliederung in den Kindergarten und in die Schule bekommen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Familien bessere Möglichkeiten sich in die neue Umgebung zu integrieren.

Die Wertschätzung der persönlichen und kulturellen Besonderheiten aller ist die Grundlage für eine positive soziale Lernumgebung.

**Interkulturelles Lernen** betrifft alle am Bildungsgeschehen Beteiligten und beinhaltet neben der sachbezogenen Kompetenz auch soziale und persönliche Kompetenzen.

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Kindergarten und Schule bildet einen günstigen Ausgangspunkt für interkulturelle Bildung und interkulturelle Projekte.

### **Interkulturelle Mediation**

Der Kindergarten und die Schule kann auf die Interkulturellen Mediatorinnen/Mediatoren zurückgreifen, die eine Brücke zwischen den Menschen verschiedener Kulturen und Sprachen bilden, Orientierungshilfe bieten und den Prozess der wechselseitigen Annäherung begleiten (D.P.R. 394/1999 art.45/5; Beschluss der LR 1482/07.05.2007)

IKM sind in vielen Bereichen des Schulsystems wichtig. Der Einsatz der IKM wird von allen Beteiligten vorbereitet und verfolgt klare Ziele, die evaluiert werden. Solche Bereiche sind: die erste Aufnahme der Kinder und Familien; die Kommunikation zwischen Lehrpersonen Schule und Familie; die Übersetzung wichtiger schulischer Dokumente und Mitteilungen.

Der Interkulturelle Mediator/Die Interkulturelle Mediatorin ersetzt nicht die Sprachlehrperson, er/sie arbeitet aber bei interkulturellen und sprachübergreifenden Aktivitäten mit den pädagogischen Fachkräften zusammen.

Der/die IKM spielt eine wichtige Rolle in der Weiterentwicklung der Erstsprache; die Sprachzentren organisieren nach Möglichkeit (s. Umsetzungskonzept) Lernangebote in der Erstsprache an Schulen und Netzwerken.

## **Interkulturalität und Schulprogramm**

Im Schulprogramm legt die autonome Schule die wichtigsten Grundsätze ihrer schulischen Arbeit fest. Der Aspekt der interkulturellen Bildung darf dabei nicht fehlen.

Ein Teilbereich ist die „Gestaltung der Förder- und Unterstützungsangebote für Lernende mit Migrationshintergrund“. (Am Schulprogramm arbeiten. Impulse und Hinweise; PI und Schulamts, 2008, S.6)

Ein weiterer Bereich ist die interkulturelle Bildung für alle Schüler/innen. Sie trägt dazu bei, das Fremde als Wert anzuerkennen, den Perspektivenwechsel zuzulassen und die wechselseitige Annäherung voranzutreiben.

Im Schulprogramm wird festgelegt, wie mit ethnischer, sprachlicher, kultureller, religiöser und sozialer Heterogenität an der Schule konkret umgegangen wird. Jede Schule sollte eine Lehrperson als Ansprechpartner/in (Koordinator/in) für den interkulturellen Bereich einsetzen.

Kernaussagen zu folgenden Bereichen sollten im Schulprogramm angeführt werden:

- Aufnahme/Eingliederung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (z.B. Kriterien für die Zuweisung an die Klassen, Aufnahmeprotokoll, erste Maßnahmen zur Eingliederung, Einsatz von Interkulturellen Mediatoren, Anpassung der Unterrichtsprogramme...)
- sprachliche Förderung (z.B.: individuelle Unterstützung, Zusammenarbeit im Netzwerk mit anderen Klassen/Schulen, Kriterien für den Einsatz der internen und externen Ressourcen, Kriterien für die Erstellung des PLP,...)
- Maßnahmen der interkulturellen Bildung für alle (z.B.: interkulturelle Projekte für alle, Einsatz der Interkulturellen Mediatoren/innen,...)
- Förderung der Erstsprache (z.B.: Datenerhebung über Sprachenvielfalt an der Schule, Kriterien für die Förderung der Erstsprache, Modalitäten der Förderung – WPF, WF, Bildungsguthaben, außerschulische Tätigkeiten – ...)
- Kooperation mit anderen Einrichtungen (Bezirksgemeinschaften, Sozialdienste, Vereine und Verbände, andere Schulen, Migrantorganisationen...)

## **WICHTIGE RECHTSQUELLEN**

### **Circolare Ministeriale 26 luglio 1990, n. 205**

Oggetto: La scuola dell'obbligo e gli alunni stranieri. L'educazione interculturale.

#### **IV - L'ammissione dell'alunno straniero nella scuola dell'obbligo. Riconoscimento dei titoli di studio**

Al momento dell'ingresso nella scuola italiana, si pone l'esigenza di una ricognizione della situazione di partenza dell'alunno straniero ad un duplice fine:

- a) determinazione della classe d'iscrizione;
- b) elaborazione di un percorso formativo personalizzato.

Fin da questo primo momento i capi d'istituto promuoveranno la collaborazione della scuola con le famiglie e con le comunità interessate.

[...]

La necessaria specificazione non deve tuttavia far dimenticare che gli alunni stranieri sono prima di tutto alunni: bambini e bambine, ragazzi e ragazze, con le loro individualità e differenze, fra le quali l'appartenenza ad una diversa etnia si colloca come una delle variabili da prendere in considerazione, senza tuttavia escludere gli opportuni accertamenti sul piano motorio, cognitivo e socio-affettivo che sono alla base di una corretta azione programmatoria per tutti gli alunni.

Per quanto riguarda la determinazione della classe d'iscrizione, l'art. 1, I comma, del D.P.R. 722/1982 dispone che "gli alunni figli di lavoratori stranieri residenti in Italia che abbiano la cittadinanza di uno dei paesi membri della Comunità europea sono iscritti alla classe della scuola d'obbligo successiva, per numero di anni di studio, a quella frequentata con esito positivo nel paese di provenienza".

[...]

L'iscrizione alla classe sarà disposta, in linea di principio, sulla base della scolarità pregressa (cfr. richiamata C.M. n. 301/1989) in considerazione delle responsabilità specifiche della scuola dell'obbligo. L'inserimento in classe inferiore potrebbe risultare addirittura penalizzante per l'alunno, se disposto soltanto a causa dell'insufficiente padronanza della lingua italiana.

Si impiegheranno pertanto le opportune strategie (es., formazione di gruppi, laboratori) e le risorse disponibili per colmare quel divario con interventi specifici di consolidamento linguistico (vedi paragr. V, "L'organizzazione scolastica in presenza di alunni stranieri"), in un clima di apertura interculturale (vedi paragr. VI, "L'educazione interculturale").

In presenza di situazioni di particolare difficoltà, i consigli di classe valuteranno responsabilmente la possibilità di iscrivere l'alunno alla classe immediatamente precedente a quella cui aspira per numero di anni di studio.

[...]

### **Decreto Legislativo 25 luglio 1998, n. 286**

#### **Art. 38**

Istruzione degli stranieri. Educazione interculturale

1. I minori stranieri presenti sul territorio sono soggetti all'obbligo scolastico; ad essi si applicano tutte le disposizioni vigenti in materia di diritto all'istruzione, di accesso ai servizi educativi, di partecipazione alla vita della comunità scolastica.
2. L'effettività del diritto allo studio é garantita dallo Stato, dalle Regioni e dagli enti locali anche mediante l'attivazione di appositi corsi ed iniziative per l'apprendimento della lingua italiana.
3. La comunità scolastica accoglie le differenze linguistiche e culturali come valore da porre a fondamento del rispetto reciproco, dello scambio tra le culture e della tolleranza; a tale fine promuove e favorisce iniziative volte alla accoglienza, alla tutela della cultura e della lingua d'origine e alla realizzazione di attività interculturali comuni.
4. Le iniziative e le attività di cui al comma 3 sono realizzate sulla base di una rilevazione dei bisogni locali e di una programmazione territoriale integrata, anche in convenzione con le associazioni degli stranieri, con le rappresentanze diplomatiche o consolari dei Paesi di appartenenza e con le organizzazioni di volontariato.

## **Decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1999, n. 394**

### **Art. 45**

#### Iscrizione scolastica

1. I minori stranieri presenti sul territorio nazionale hanno diritto all'istruzione indipendentemente dalla regolarità della posizione in ordine al loro soggiorno, nelle forme e nei modi previsti per i cittadini italiani. Essi sono soggetti all'obbligo scolastico secondo le disposizioni vigenti in materia. L'iscrizione dei minori stranieri nelle scuole italiane di ogni ordine e grado avviene nei modi e alle condizioni previsti per i minori italiani. Essa può essere richiesta in qualunque periodo dell'anno scolastico. I minori stranieri privi di documentazione anagrafica ovvero in possesso di documentazione irregolare o incompleta sono iscritti con riserva.
2. L'iscrizione con riserva non pregiudica il conseguimento dei titoli conclusivi dei corsi di studio delle scuole di ogni ordine e grado. In mancanza di accertamenti negativi sull'identità dichiarata dell'alunno, il titolo viene rilasciato all'interessato con i dati identificativi acquisiti al momento dell'iscrizione. I minori stranieri soggetti all'obbligo scolastico vengono iscritti alla classe corrispondente all'età anagrafica, salvo che il collegio dei docenti deliberi l'iscrizione ad una classe diversa, tenendo conto:
  - a. dell'ordinamento degli studi del Paese di provenienza dell'alunno, che può determinare l'iscrizione ad una classe, immediatamente inferiore o superiore rispetto a quella corrispondente all'età anagrafica;
  - b. dell'accertamento di competenze, abilità e livelli di preparazione dell'alunno;
  - c. del corso di studi eventualmente seguito dall'alunno nel Paese di provenienza;
  - d. del titolo di studio eventualmente posseduto dall'alunno.

3. Il collegio dei docenti formula proposte per la ripartizione degli alunni stranieri nelle classi: la ripartizione è effettuata evitando comunque la costituzione di classi in cui risulti predominante la presenza di alunni stranieri.
4. Il collegio dei docenti definisce, in relazione al livello di competenza dei singoli alunni stranieri il necessario adattamento dei programmi di insegnamento; allo scopo possono essere adottati specifici interventi individualizzati o per gruppi di alunni per facilitare l'apprendimento della lingua italiana, utilizzando, ove possibile, le risorse professionali della scuola. Il consolidamento della conoscenza e della pratica della lingua italiana può essere realizzata altresì mediante l'attivazione di corsi intensivi di lingua italiana sulla base di specifici progetti, anche nell'ambito delle attività aggiuntive di insegnamento per l'arricchimento dell'offerta formativa.
5. Il collegio dei docenti formula proposte in ordine ai criteri e alle modalità per la comunicazione tra la scuola e le famiglie degli alunni stranieri. Ove necessario, anche attraverso intese con l'ente locale, l'istituzione scolastica si avvale dell'opera di mediatori culturali qualificati.

[...]

## **Circolare Ministeriale 1 marzo 2006, n. 24**

### **8. La valutazione**

[...]

Benché la norma non accenni alla valutazione, ne consegue che il possibile adattamento dei programmi per i singoli alunni comporti un adattamento della valutazione, anche in considerazione degli orientamenti generali su questo tema, espressi in circolari e direttive, che sottolineano fortemente l'attenzione ai percorsi personali degli alunni.

[...]

Per il consiglio di classe che deve valutare alunni stranieri inseriti nel corso dell'anno scolastico – per i quali i piani individualizzati prevedono interventi di educazione linguistica e di messa a punto curricolare - diventa fondamentale conoscere, per quanto possibile, la storia scolastica precedente, gli esiti raggiunti, le caratteristiche delle scuole frequentate, le abilità e le competenze essenziali acquisite. In questo contesto, che privilegia la valutazione formativa rispetto a quella 'certificativa' si prendono in considerazione il percorso dell'alunno, i passi realizzati, gli obiettivi possibili, la motivazione e l'impegno e, soprattutto, le potenzialità di apprendimento dimostrate. In particolare, nel momento in cui si decide il passaggio o meno da una classe all'altra o da un grado scolastico al successivo, occorre far riferimento a una pluralità di elementi fra cui non può mancare una previsione di sviluppo dell'alunno.

[...]

## **Circolare Ministeriale 15 marzo 2007, n. 28**

[...]

### *6. Alunni con cittadinanza non italiana*

Una particolare attenzione merita la situazione di molti alunni con cittadinanza non italiana la cui preparazione scolastica può essere spesso compromessa da un percorso di studi non

regolare e dalla scarsa conoscenza della lingua italiana. Nelle linee guida predisposte da questo Ministero e trasmesse con circolare n. 24 del 1 marzo 2006, nel rammentare che il superamento dell'esame di Stato conclusivo del primo ciclo di istruzione è condizione assoluta per il prosieguo del corso di studi, si fornivano, in proposito, indicazioni per mettere in atto ogni misura di accompagnamento utile agli alunni stranieri per conseguire il titolo finale. Pur nella inderogabilità della effettuazione di tutte le prove scritte previste per l'esame di Stato e del colloquio pluridisciplinare, le Commissioni vorranno considerare la particolare situazione di tali alunni stranieri e procedere ad una opportuna valutazione dei livelli di apprendimento conseguiti che tenga conto anche delle potenzialità formative e della complessiva maturazione raggiunta.